

**Gemeinsamer Antrag der Bezirksbeiräte von
SPD und Bündnis 90/ DIE GRÜNEN in Plieningen/Birkach für die Sitzung des
Bezirksbeirates am 12.03.2012**

Stuttgart 21 Planfeststellungsabschnitt 1.3, Information und Beteiligung

Antrag:

1. Die Bezirksbeiräte beschließen, den Konzernbevollmächtigten der Deutschen Bahn, Herrn Eckart Fricke, unmittelbar nach Abschluss des Dialogverfahrens zu einer Sitzung des Bezirksbeirats - noch vor Beginn des Offiziellen Planfeststellungsverfahrens – einzuladen, um Bedenken und Anregungen für die Planung der ICE-Trasse einzubringen zu können.
2. Es ist sicherzustellen, dass die Birkach-Plieningener Bezirksbeiräte und die Bevölkerung unserer Stadtbezirke an dem Filderdialog beteiligt werden. Die Stadt Stuttgart wird gebeten, sich bei den Dialogverantwortlichen (DB und Land) dafür einzusetzen.
3. Die DB wird gebeten, zur Vorbereitung auf Punkt 1 den Schall-Immissionsplan für den Schienenverkehr im Abschnitt 1.3 (analog, wie er für 1.4 existiert) zur Antragstrasse zu übersenden.
4. Die Bahn wird gebeten zu prüfen, ob über relevante Längen nördlich entlang der Schnellbahnstrecke auf Plieningener Gemarkung eine Photovoltaik-Wand in die Lärmschutzwand integriert werden kann (unter Einbindung der neuen Stadtwerke Stuttgart), vgl. A8 östlich von München,

Begründung:

Wie auf der KAF-Sitzung am 07.03.2012 von den Projektbeteiligten informiert, wird der Filderdialog zu S21 PFA1.3 Anfang Mai unter Einbeziehung der Bevölkerung beginnen. Hierfür ist sicherzustellen, dass auch von Stuttgarter Seite Bezirksbeiräte und Bevölkerung beteiligt werden.

Am 09.05.2011 hat Herr Fricke im Bezirksbeirat die damals aktuellen Planungen der Bahn vorgestellt und sein erneutes Kommen zugesagt, wenn sich die Planungen der Bahn über die „Werkstatt-Pläne“ hinaus konkretisiert haben.

Da der Filderdialog voraussichtlich im Mai beendet sein soll, wird danach das Planfeststellungsverfahren mit offizieller Bürgerbeteiligung eröffnet.

Die Plieningener Belange sollten jedoch unverzüglich mit Herrn Fricke diskutiert werden, um in die Planungen aufgenommen zu werden. Insbesondere geht es hierbei um Lärmschutzmaßnahmen für die betroffenen Wohngebiete, die Gefährdung des Langwieser Sees und die entstehenden Straßenschäden durch Abtransport des Aushubes.

08.03.2012

gez. Ulrich Berger, Ulrich Fellmeth (SPD),
Petra Pfendner, Walter Schnee (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN)